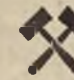
Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 193 — Dienstag, den 13. Dezember 1927 — 45. Jahrgang

Zaleski über die Genfer Entscheidung

Der Kriegszustand mit Litauen aufgehoben — Im Januar Verhandlungen zwischen Warschau und Kowno

Genf. Im Anschluß an den Presseempfang bei Woldemaras empfing der polnische Außenminister Zaleski, Sonntag gleichfalls die Presse. Zaleski erklärte, daß er mit den Verhandlungen sehr zufrieden sei. Der Beschluß des Rates stelle nicht nur eine bedeutende Etappe in den polnisch-litauischen Beziehungen dar, sondern sei auch für die Entwicklung des Völkerbundes von großer Bedeutung. Ohne den Völkerbund wäre es möglicherweise zu sehr ernsten Ereignissen zwischen den beiden Ländern gekommen.

Ueber seine Unterredung mit Woldemaras teilte Zaleski mit daß beschlossen worden sei, die direkten Verhandlungen sobald als möglich aufzunehmen. Woldemaras habe ihm versprochen gleich nach seiner Rückkehr durch Vermittlung einer in beiden Ländern vertretenen Macht, Vorschläge für die Verhandlungen zu übermitteln. Er nehme an, daß die Verhandlungen bereits im Januar und zwar in Lettland aufgenommen würden. Das Programm der Verhandlungen sei im Augenblick noch nicht in allen Einzelheiten zu bestimmen. Man habe sich vorläufig nur auf einen allgemeinen Aktionsplan und den Zeitpunkt der Verhandlungen geeinigt. In den Verhandlungen würden sämtliche strittigen Fragen zur Erörterung gelangen, vor allem die Schiffahrt auf dem Njemen, der Eisenbahnverkehr zwischen Kowno und Wilna sowie die Regelung der Minderheitenfrage. Ueber die in der Ratsentschließung vorgesehene Mitwirkung des Völkerbundes bei diesen Verhandlungen erklärte Zaleski, der Völkerbund würde im Falle von Schwierigkeiten in den Verhandlungen eine Vermittlerrolle spielen. Nach der Ratsresolution stehe es jeder Macht frei, im Falle ernster Schwierigkeiten von sich aus, an den Rat zu appellieren.

Wie die Einigung zustande kam

Genf. Ueber den Verlauf der geheimen Sitzung des Völkerbundsrates, in der die Einigung über den polnisch-litauischen Streitfall endgültig herbeigeführt wurde, worden von der französischen Presse Darstellungen verbreitet, die, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, unzutreffend sind. Ueber den tatsächlichen Verlauf der Geheimsitzung wird folgende zusammenfassende Darstellung gegeben:

Der vom Völkerbundsrat angenommene Bericht des holländischen Außenministers lag bereits vor, als P[illegible]dski spät eintraf. Es entspricht nicht den Tatsachen, da[illegible] ultimative Forderungen an den Rat gestellt h[illegible]demaras hatte ferner den Bericht in den hauptsächlichsten Punkten schon vor dem Eintreffen Pilsudskis angenommen und lediglich einige Einwendungen in bezug auf die Schuldbeschwerde der litauischen Regierung gemacht. Hierzu hat Pilsudski lediglich eine kurze Erklärung abgegeben des Inhalts, daß ihn lediglich die Frage interessiere, ob zwischen den beiden Ländern Krieg oder Frieden bestehe, er vermiß das Wort „Frieden" in den Erklärungen Woldemaras. Dr. Stresemann, der hierauf das Wort ergriff, wies darauf hin, daß der Bericht des holländischen Außenministers die Auslegung des Kriegszustandes vorsehe; dieser Bericht sei von Woldemaras angenommen worden. Woldemaras hat sodann weiter erklärt, daß der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern nicht mehr bestehe.

Pilsudski habe lebhaft seine Freude darüber geäußert und erklärt, er werde in allen Kirchen ein Tedeum abhalten lassen. Hierzu habe Woldemaras erklärt, es gebe ein Tedeum des Friedens und ein Tedeum des Krieges. Er hoffe, das Tedeum des Friedens vernehmen zu dürfen.

Der Bericht ist dann in der geheimen Sitzung des Rates in allen Einzelheiten beraten und angenommen worden. Die Darstellung der französischen Presse, wonach der Rat ausschließlich infolge des Eingreifens Pilsudskis in überstürzter Form, zu dem Abschluß der Verhandlungen und zu einer Einigung gelangt sei, entspricht, wie erklärt wird, in keiner Weise den Tatsachen.

Warschau zur Völkerbundsrats-Entscheidung

Warschau. Die Nachricht über die unerwartet schnelle Entscheidung des Völkerbundsrates im polnisch-litauischen Konflikt ist hier ziemlich überraschend gekommen. Da die Nachricht erst in später Nachtstunde eintraf, konnten die Sonntagsblätter noch nicht dazu Stellung nehmen. Allgemein wird aber die Entscheidung des Rates als ein vollständiger Sieg Polens gegenüber den Ansprüchen Litauens bezeichnet. Innerpolitisch dürfte die Stellung Pilsudski, dem man diesen Erfolg in erster Linie zuschreibt, besonders für die nächsten Wahlen wieder eine bedeutende Verstärkung erfahren haben. In der Wilnafrage wird man in Warschau in der nächsten Zeit vermutlich eine gewisse Zurückhaltung üben. Man wird die in der letzten Zeit ausschließlich gegen die Person Woldamaras konzentrierte Pressepolemik nach und nach wieder abschlagen. Schon heute ist es aber ein offenes Geheimnis, daß man die gegen die litauische Regierung eingenommenen Emigrantenführer in Wilna wird weiter gewähren lassen und es vielleicht nicht ungern sehen wird, wenn dadurch die innerpolitischen Gegensätze in Litauen weiterhin akut bleiben.

Pilsudski bei Stresemann

Genf. Zur Unterredung Dr. Stresemann und Pilsudski wird von bestinformierter Seite mitgeteilt, daß in dieser Unterredung von polnischer Seite ausdrücklich der Wunsch geltend gemacht worden sei, zu einer Verständigung über alle zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu gelangen. Welchen tatsächlichen Verlauf die Unterredung genommen hat, wird nicht mitgeteilt, jedoch sind zweifellos sowohl die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen als auch eine Reihe anderer Fragen zwischen den beiden Staatsmännern zur Sprache gekommen.

•

Genf. Marschall Pilsudski hat Sonntag vormittag mit seiner Begleitung Genf verlassen, um sich über Wien nach Warschau zu begeben.

Danzig will Anteil an den deutsch-polnischen Verhandlungen nehmen

Danzig. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig eine Note gerichtet, in der die polnische Regierung unter Hinweis auf die wiederholt geäußerten Wünsche Danzigs nach einer aktiven Beteiligung an den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen und unter Bezugnahme auf die inzwischen zwischen Deutschland und Polen getroffenen Vereinbarungen über die Einfuhr gewisser Warenkontingente dringend gebeten wird, sich unverzüglich grundsätzlich über die Teilnahme Danzigs an den Handelsvertragsverhandlungen zu äußern und umgehende Aufklärung über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zu geben.

Briand bei Stresemann

Genf. Der Sonntag ist einer Reihe von einzelnen Verhandlungen gewidmet worden. Am Vormittag empfing Briand den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der, wie mitgeteilt wird, dem französischen Außenminister seinen Dank für die vermittelnde Tätigkeit ausgesprochen hat. Sodann fand ein Frühstück statt, an dem Briand, Chamberlain, Scialoja und Graham teilnahmen. Um 5 Uhr nachmittags suchte Briand Stresemann auf. Die Unterredung dauerte bis kurz vor ½7 Uhr. Ferner fand nachmittags eine Unterredung zwischen Zaleski und Woldemaras statt. Der litauische Ministerpräsident verließ Genf Sonntag abends.

Tschiangkaischek — Oberbefehlshaber aller nationalistischen Armeen

London. Nach Meldungen aus Schanghai hat Tschiangkaischek im Verfolg der Verhandlungen zwischen den Führern der Kuomintang den ihm angebotenen Posten als Oberbefehlshaber aller nationalistischen Armeen angenommen. Der Vorsitzende der Kuomintang, Nangtschingwai, der enge Beziehungen zu den radikalen Machthabern in Kanton unterhält, hat sich bereit erklärt, von seinem Posten zurückzutreten, wenn dadurch die Gegensätze innerhalb der Kuomintang vermindert und die angestrebte Einigung beschleunigt werden könnte.

Was will die russische Opposition?

Ueber die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die dem Streite zwischen der Opposition und der Mehrheit der Kommunistischen Partei zu Grunde liegen, haben wir wiederholt sehr eingehende Artikel veröffentlicht. In den letzten Monaten haben sich die Gegensätze mehr auf die Fragen der Parteidisziplin zugespitzt. Die Erhaltung der Einheit wurde in den Vordergrund geschoben mit der Berufung auf die Leninschen Richtlinien, nach denen jede Gruppen- oder Fraktionsbildung unterdrückt werden müsse. Darüber kam es zum Ausschluß Trozkis und Sinowjews und zur Maßregelung einer Reihe anderer Oppositionsführer. Damit sind die sachlichen Einwände gegen die Politik der Mehrheit indessen nicht erledigt. Sie werden in den weiteren Diskussionen ihre Rolle spielen. Bisher war der Standpunkt der Opposition nicht im Zusammenhang vor die große Oeffentlichkeit gelangt. Erst seit der Einrichtung des sogenannten „Diskussionsblattes" in der Moskauer „Prawda" erfährt man Umfassenderes darüber. Nun ist auch eine Broschüre in deutscher Sprache erschienen, in welcher die „Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei" dargelegt wird. Die Broschüre heißt im Haupttitel: „Thermidor" (erschienen bei Fritz Erulat, Hummelsbüttel-Hamburg, herausgegeben von den aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Oktoberkämpfern). Bemerkt wird, daß das Programm in Rußland und in allen Sektionen der Kommunistischen Internationale unterdrückt sei.

Man kann sich für die Richtigkeit der darin gemachten Angaben über die tatsächlichen Zustände in Rußland so wenig verbürgen wie für die offizielle Statistik des Sowjetstaates. Aber das meiste hat große Wahrscheinlichkeit für sich. Dabei handelt es sich freilich zum Teil um Erscheinungen, die im Wirtschaftsleben anderer Völker ebenfalls eingetreten sind oder von Konjunkturen abhängen, die ihren Ablauf finden werden.

Die Broschüre führt zur

allgemeinen Entwicklung der Klassenbeziehungen

aus, daß die Verzögerung der Weltrevolution die Sowjets nötigte, die Wirtschaft fast ausschließlich auf den inneren Möglichkeiten aufzubauen. Da die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Elemente eine so große Bedeutung haben, konnte ein Druck auf die Regierung nicht ausbleiben. Die „Nep", die infolgedessen eingeführt worden sei, habe nun folgende Wirkungen gehabt.

1. Es entstand und entwickelte sich eine neue Bourgeoisie eines vorwiegend parasitären Typus, die besonders in dem Bereich des Handels, der Spekulation, des Wuchers, aber auch zum Teil in der Produktion fest Fuß gefaßt hat.

2. Die Klassenscheidung innerhalb des Bauerntums nimmt schnell zu. Die Dorfarmut betrug nach den Parteiberichten schon Ende 1925 von 40 bis 50 Prozent der gesamten Bauernschaft. Die Abwanderung nach den Städten und die Zahl der ländlichen Taglöhner nehmen zu. Die Kulaken (Großbauern) erlangen wesentliche Zugeständnisse: Beschäftigung von Lohnarbeitern für Nachtbetriebe, früher nur für werktätige Bauernwirtschaften zulässig. Erhöhung der Pachtdauer von drei auf zwölf Jahre, Zutritt des Kulaken zu den Genossenschaften und den Sowjets, in denen er wachsende Bedeutung gewinnt.

3. Das Steigen der Reallöhne der Arbeiter hat seit Oktober 1925 aufgehört. Es ist sogar eine Tendenz zum Sinken da, während die Arbeitsleistung des Arbeiters, in dieser Zeit um 15 Prozent gewachsen sei. Der Druck der Wirtschaftsorgane auf die Arbeiter habe sich vermehrt. Das alles bewirke wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft.

4. Während der Zeit der Nep habe sich die Anzahl der Arbeiter zunächst vermehrt, plötzlich sei ein Umschwung eingetreten. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit überholte 1926 die Zunahme der Beschäftigten. Im ersten Halbjahr 1926 und 1927 beläuft sie sich auf 385 000, d. h. auf 36 Prozent.

So habe sich trotz günstiger Entwicklung der Wirtschaft die soziale Ungleichheit verstärkt.

Die Industrialisierung.

Dem Zentralkomitee wird vorgeworfen, daß es die Entwicklung der Industrie gehemmt habe. Der Grundfehler bestehe darin, daß man sich bestrebe, die Preise auf den Selbstkostenpreis plus „Mindestgewinn" festzusetzen, was in der Praxis dazu führte, daß die Preise unter die Selbstkosten fielen, da der Mindestgewinn häufig unter Null sei. Die technische Verbesserung der Produktion und die Rücksicht auf die Sättigung des Marktes mit Waren sei vernachlässigt worden. Die Ergebnisse dieser Politik seien die folgenden:

1. Trotz der sogenannten „Herabsetzung der Preise" steigen seit November 1924 die Fabrikpreise, obwohl sie formal stabil bleiben. Denn die Qualität der Ware wird schlechter. Die Großhandelspreise steigen stetig. So „erhält der Konsument gegenwärtig eine verschlechterte Qualität der Ware für beinahe denselben Preis wie 1923."

2. Das Mißverhältnis zwischen Kleinhandels- und Fabrikpreisen nimmt zu. Die Aufschläge des Privathandels auf Fabrikpreise betrugen nach der Statistik des Obersten Volkswirtschaftsrats 8 Prozent im Oktober 1923, im Oktober 1924 schon 40 Prozent; sie wuchsen bis Oktober 1927 auf 66,5 Prozent.

Die Aufschläge der Genossenschaften seien etwas geringer, 30 bis 40 Prozent.

3. In einer Reihe von Industrien (z. B. in der Metallindustrie) ist mit der Erweiterung der Produktion eine Verschlech-

terung der maschinellen Einrichtung vor sich gegangen. Dabei stehe es am schlimmsten um die technische Verhütung von Arbeitsunfällen. Von diesem Standpunkt aus ist das Programm für die Neuanlagen und die Zuwendung an Kapital dafür unzulänglich. Das sei ein Grund für das Wachsen der Selbstkosten.

4. Aus diesen Umständen erklärt sich auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Opposition fordert darum, daß die Industrie sich nicht auf die Ausnützung der alten Einrichtungen und auf Erhöhung der Arbeitsintensität beschränke, sondern technische Rekonstruktionen vornehme. Die Mittel müssen aus Aenderungen in der Preispolitik gewonnen werden. Auszugehen ist von den Marktverhältnissen mit einer elastischen Preispolitik an Stelle rein verordnungsmäßiger Herabsetzung. Der Preisabbau der Industriewaren muß sich aus dem Sinken ihres Wertes und einer genügenden Versorgung des Marktes mit Waren ergeben.

Die Arbeitsfragen.

Die Politik der „niedrigen Preise“ habe sich in einem Druck auf die Arbeiter ausgewirkt, zum Vorteil der Spekulanten. Zum Zwecke der Hebung der Produktivität der Arbeit sei ein maßloses Schacherwesen, eine systematische Heraufsetzung der Arbeitsnormen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Akkordlöhne eingeführt worden. Trotz des Stillstandes in den Löhnen gehe der Druck auf die Erhöhung der Intensität weiter. Größeren Lohn erhalte der Arbeiter nur für größere Arbeitsmenge. Die Ausgabe von 40prozentigem Wodka habe der Arbeiterklasse großen Schaden zugefügt. Der Tiefstand des Lohnes gestatte dem Arbeiter nicht die Wohnungsverhältnisse erträglich zu gestalten, was die Wohnungskrise verschärfe. Der staatliche Wohnungsbau sei absolut unzureichend.

Das Sparsamkeitsregime in den Fabriken äußert sich auch in der Strenge der Versicherungskassen gegen die Arbeitsversäumnisse, die Bemessung der zu bezahlenden Krankentage, der Beschränkung der Ausgaben für Unfallverhütung usw.

Die Stellung der Gewerkschaften hat sich verschlechtert. Die Gewerkschaften sollten den Kampf gegen die Ausartung des Zentralismus, Bureaukratismus und Fiskalismus führen. Statt dessen sind sie selbst in den Bureaukratismus hineingeraten und nehmen alle Maßnahmen der „Wirtschaftler“ in Schutz. Auch die Beziehungen zur Partei haben einen verzerrten Charakter angenommen, da die Gewerkschaftsorgane jeder Selbständigkeit beraubt wurden. Die Gewerkschaften haben aufgehört, eine Organisation zum „Schutz der Arbeiter gegen ihren Staat und zum Schutze unseres Staates durch die Arbeiter“ (Lenin) zu sein.

Die Forderungen der Opposition.

Auf Grund dieser Feststellungen formuliert die Opposition ein Reformprogramm, das im wesentlichen die folgenden Linien einhält: Erhöhung der Löhne nach Maßgabe des Wachstums der Produktion, Steigerung der Arbeitsintensität durch Rationalisierung der Betriebe, Einschränkung der Ausgabe von Wodka, Verbesserung der Wohnungsbedingungen, Demokratisierung der Fabrikorganisation (wobei den Arbeiterversammlungen ein Recht der Mitentscheidung bei Anstellung von Direktoren, Ernennung von Arbeiterbeiräten bei der Direktion zugestanden werden solle), Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Betriebsrat, Kampf gegen die Umgehung des Arbeitsrechtes durch die Fabrikorgane, keine weitere Verkürzung der Unternehmerbeiträge für die Sozialversicherung, Erhöhung der Arbeiterpensionen, Lösung der Arbeitslosenfrage durch fortschreitende Industrialisierung usw.

Im Zusammenhang damit wird die

Parteipolitik auf dem Dorfe

einer starken Kritik unterzogen. Die Losung „Das Gesicht nach dem Dorfe“ sei nicht auf die Aufhebung der Klassen, sondern auf die „Aussöhnung der Klassen“ gerichtet. Ueberhaupt sei die Bauernpolitik mit ihrer Begünstigung der bäuerlichen Bourgeoisie nur eine Folge der kleinbürgerlichen Abweichung von einer großzügigen Industriepolitik. Demgemäß fordert die Opposition die wirkliche Organisation von großen Staatswirtschaften, von Kollektivwirtschaften, genossenschaftliches Kreditwesen, Ausbau der Genossenschaften, Verbesserung in der Steuereinziehung, allmähliche Verstärkung der sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft.

Litwinow und Lunatscharski wieder in Moskau

Kowno. Nach Meldungen aus Moskau sind dort am Sonnabend Litwinow und Lunatscharski aus Berlin kommend eingetroffen. Sie haben sogleich nach ihrer Ankunft Tschitscherin und dem politischen Büro eingehend über die Vorgänge in Genf berichtet. Wie verlautet, wurde beschlossen, im Laufe des Dezember keine neuen Schritte zur Annäherung mit England zu unternehmen.

Wie weiter aus Moskau gemeldet wird, hat gestern der neue türkische Botschafter Tewfik Bey Kalinin sein Beglaubigungsschreiben im Beisein Tschitscherins und Karachans überreicht.

Französisch-italienische Aussprache in Genf

Genf. Im Laufe des Sonntags hat die vorgesehene Zusammenkunft zwischen Briand, Chamberlain, Scialoja und Graham stattgefunden. Das Eintreffen des englischen Botschafters in Rom, Graham, in Genf hat allgemein die bereits in der letzten Zeit viel erörterte Frage der italienisch-französischen Beziehungen und vor allen Dingen die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Nach Mitteilungen von gutinformierter englischer und französischer Seite ist hierzu zunächst in den gegenwärtigen Verhandlungen der Gedanke einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini zurückgestellt worden. Eine derartige Zusammenkunft werde erst als zweckmäßig erachtet, wenn über die Grundlagen einer Verständigung zwischen Italien und Frankreich in großen Linien eine Einigung erzielt worden sei. Die Verhandlungen, die jetzt in Genf zwischen Briand, Chamberlain und Scialoja eingeleitet worden sind, werden durch den französischen Botschafter in Rom, de Beaumarchais, fortgesetzt werden. Hierbei soll der englische Botschafter Graham weiterhin die vermittelnde Tätigkeit der englischen Regierung fortsetzen.

Der gegenwärtige Stand der französisch-italienischen Verhandlungen ist kurz folgender: Die italienische Regierung ist bisher der Auffassung gewesen, daß die bisherige Orientierung der französischen Politik auf dem Balkan im Südosten Europas der Entwickelung der italienischen Interessen entgegengewirkt habe. Die italienische Regierung legt zunächst Wert darauf, daß die Orientierung vor allem der französischen Balkanpolitik eine Aenderung erfährt, und zwar wünscht die italienische Regierung, daß Frankreich von einer aktiven Politik auf dem Balkan Abstand nimmt. Italien verlangt daß die italienischen Interessen auf dem Balkan keine Einschränkung durch die französische Politik erfahre und daß vor allen Dingen die Ausdehnung des politischen Einflusses Italiens im östlichen Mittelmeergebiet von Frankreich nicht gestört werden. Die italienische Regierung betrachtet den Balkan und das östliche Mittelmeergebiet als eine natürliche Sphäre für die Entwickelung der italienischen Interessen.

Von italienischer Seite soll nunmehr, wie weiter mitgeteilt wird, folgender Aktionsplan vorgesehen sein:

1. Einberufung einer Viermächtekonferenz zwischen Frankreich, Italien, England und Spanien zur Revision des Tangerstatuts. In der Tangerfrage soll Italien den übrigen beteiligten Mächten gleichgestellt werden.
2. Revision der Rechtslage der Italiener in Tunis. Die Kinder der italienischen Bevölkerung sollen in Zukunft nicht gezwungen werden, französische Staatsbürger zu werden.
3. Freiheit der italienischen Auswanderung nach Tunis.
4. Grenzregelung zwischen Tunis und Cyrenaika zugunsten Italiens.
5. Völlige Bewegungsfreiheit für Italien in Abessinien.

Hierzu wird der französische Standpunkt folgendermaßen gekennzeichnet: 1. Frankreich ist bereit, an einer italienisch-jugoslawischen Verständigung mitzuwirken. 2. Frankreich lehnt zunächst die Einberufung einer Viermächtekonferenz zur Revision des Tangerstatuts ab, ist aber bereit, nach Abschluß der Verhandlungen mit Spanien die Teilnahme Italiens an der Verwaltung des Tangergebietes zu berücksichtigen. In bezug auf Abessinien wird eine Verständigung mit Italien für möglich erachtet. Die übrigen italienischen Forderungen werden vorläufig noch abgelehnt. Trotzdem vorläufig zwischen der französischen und der italienischen Auffassung in einer Reihe von entscheidenden Fragen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, neigt man in Genf doch der Auffassung zu, daß im Laufe der nächsten Zeit eine Verständigung wird herbeigeführt werden können. Man weist hierbei insbesondere auf die vermittelnde Tätigkeit der englischen Regierung hin, die gegenwärtig großen Wert auf die Herbeiführung einer solchen Verständigung legt.

Die Kommunistenverhaftungen in Griechenland

Paris. Nach Meldungen aus Athen wurden im Laufe der letzten 24 Stunden in Griechenland 45 Personen wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet.

Ein neuer italienisch-ungarischer Vertrag?

Wien. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Budapest meldet, erwarten Budapester Blätter eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und dem Grafen Bethlen, der bekanntlich von Genf nach Rom abgereist ist. Gerüchtweise verlautet, daß Italien nach dem Abschluß des französisch-südslawischen Vertrages einen neuen Vertrag mit Ungarn abschließen wolle.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Laurahütte u. Umgebung

=o= **Die nächste Gemeindevertretersitzung** in Siemianowice findet am Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 6 Uhr, im Gemeindesitzungssaale des Verwaltungsgebäudes am Plac Wolnosci statt. Die Tagesordnung für diese Sitzung werden wir in der nächsten Nummer bekanntgeben.

=o= **Weihnachtsfeier der höheren Privatschule.** Wie jedes Jahr, so veranstaltet auch dieses Jahr die „Private höhere Knaben- und Mädchenschule in Siemianowice“ eine Weihnachtsfeier und zwar am Dienstag, den 20. Dezember abends 7 Uhr in der Aula der Privatschule. Schon seit Wochen wird für diese Feier geprobt, damit diese sich den früheren Feiern würdig an die Seite stellen kann. Wir werden später noch einmal darauf zurückkommen.

=i= **Wer hat sein Fahrrad verloren.** Am 3. d. Mts. wurde auf der Aschenhalde des Sandversatzes der Richterschächte an der Straße Siemianowice—Baingow ein Fahrrad gefunden. Bis heute hat sich aber kein Verlierer gemeldet. Näheres in unserer Geschäftsstelle, Beuthenerstraße 2.

=i= **Flottenverein Siemianowice-Sl.** Heute abends 8 Uhr findet in der Lesehalle der neuen Bibliothek in der Bahnhofstraße eine besondere Versammlung des hiesigen Flottenvereins unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters statt und zwar aus Anlaß der Anwesenheit des Direktors des Hauptvorstandes in Warschau Herrn Uziembo. Zu dieser Versammlung sind alle hiesigen Bürger eingeladen, vor allem diejenigen, die dem Flottenverein noch fern stehen und eventl. Mitglieder werden wollen.

Standesamtliche Nachrichten. Vom 3.—9. d. Mts. wurden 19 Geburten angemeldet und zwar 8 Jungens und 11 Mädchen. Gestorben sind 6 Personen: Frau Julie Ziaja geb. Kobielski, 69 Jahre alt; Schlosser Paul Strzelczyk, 36 Jahre alt; Wwe. Janina Mokrski, geb. Piela, 64 Jahre alt; Grubenarbeiter Jan Wieczorek, 18 Jahre alt; Frau Antonia Saffanow, geb. Sonowiec, 61 Jahre alt; Masch.-Aufseher Wilhelm Kot, 51 Jahre alt.

=i= **Aushebung eines großen Verbrechernestes.** Unserer Geheimpolizei ist es durch die Umsicht wie auch Unermüdlichkeit, vor allem des Kriminalkommissars Szareg gelungen, eine Diebesbande auszuheben, die seit längerer Zeit in Siemianowitz und Umgegend bis nach Bendzin ihre Beutezüge ausführte: 13 Diebstähle in Siemianowitz, 12 Diebstähle in Bendzin und 3 Diebstähle in Czeladz, also 28 Diebstähle zusammen fallen dieser Bande zur Last. Die Diebeshelden sind ein gewisser Michael Szachon, früher hier wohnhaft, ein gewisser Kornas aus Kattowitz. Kornas wurde vor etlichen Tagen auf frischer Tat durch einige Geheimbeamten abgefaßt und verhaftet. Beim Verhör bekannte Kornas alle Schandtaten und verriet noch die Anführer der Bande, einen Josef Karma aus Ogrodzin. Diese Spitzbuben machten vor keinem Menschen halt und bestahlen sogar den Untersuchungsrichter in Czeladz. Der so berühmt gewordene Dreibund Karma, Szachon und Kornas überwintern jetzt hinter schwedischen Gardinen. Hoffentlich wird ihre Kur etwas lange dauern und unsere Gegend noch mehr von solchem Gesindel gesäubert werden.

=i= **Gänsemarder.** In der letzten Freitagnacht sind unbekannte Diebe in den Stall des H. Schubert in der Fitznerstraße eingebrochen und sechs Gänse gestohlen, nachdem sie vorher getötet wurden. Die Polizei ist den Dieben auf den Fersen, zumal die Spuren nach einer bestimmten wie bekannten Straße führen. Bei der jetzt lange dauernden Dunkelheit, dem Elend und Nahrungssorgen, muß jeder besonders scharf auf seinen Besitz aufpassen und jedes Vorkommnis noch so kleiner Art der Polizei zur Anzeige bringen.

=i= **Die Kammerlichtspiele** bringen ab Dienstag einen Film auf die Leinwand der als „Die tolle Herzogin“ betitelt wird und in dem die gefeierten Filmgrößen wie Ellen Richter, Evi Eva und Jack Trevor in den Hauptrollen mitwirken. Näheres im heutigen Inserat.

Gottesdienstordnung:

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 13. Dezember.

6 Uhr: für Familien Korpok und Maindok und für verst. Franziska Moj.

6½ Uhr: für verst. Josef und Anton Pogrzeba und für verst. Großeltern.

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 13. Dezember.

1. hl. Messe für verst. Pauline und Joh. Strycziok und Bruder Suchanek.
2. hl. Messe für verst. Anna Males.
3. hl. Messe für die armen Seelen im Fegefeuer.





